

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbm d

Inhalt

Armin Claus fordert eine
umgehende Reform des Ar-
beitsschutzes: 1,5 Millionen
Arbeitsunfälle in einem
Jahr.

Seite 1

Hedda Jungfer MdL weist
auf die Benachteiligung
von Pädagoginnen in
Bayern hin: Nur vier Rek-
torinnen an Gymnasien.

Seite 3

Beate Weber MdEP be-
schreibt die Ziele des
Europäischen Jahres der
Verkehrssicherheit: Maß-
nahmen zum Schutz der
Menschen ergreifen.

Seite 4

Horst Winterstein bewertet
die Europäische Arbeiter-
partei: Eine sektiererische
Splittergruppe.

Seite 5

Freimut Duve MdB weist
die Angriffe auf das von
der ARD geplante Pro-
gramm „1 Plus“ zurück:
Medienpolitischer Amoklauf
der Union.

Seite 6

41. Jahrgang / 55

20. März 1986

Den Arbeitsschutz reformieren

1,5 Millionen Arbeitsunfälle unterstreichen das Erfordernis
umgehender Maßnahmen

Von Armin Claus
Sozialminister des Landes Hessen

Verstärkte Aktivitäten zum Schutz der Gesundheit der Beschäftig-
ten sind in den Betrieben und Büros erforderlich. Dies ergibt sich
mit Blick auf die erschreckenden Zahlen des Unfallverhütungs-
berichts 1984, den die Bundesregierung jetzt vorgelegt hat. Danach
wurden im Jahre 1984 mehr als 1,5 Millionen Arbeitsunfälle an-
gezeigt und mehr als 35.000 Meldungen auf Verdacht einer Be-
rufskrankheit abgegeben. Als alarmierend sehe ich die Tatsache
an, daß im Jahre 1984 die Aufwendungen der Träger der gesetz-
lichen Unfallversicherung erstmals die Zwölf-Milliarden-Grenze
überschritten haben.

Diese Zahlen verdeutlichen freilich noch längst nicht das ganze
Ausmaß der Risiken, denen die Arbeitnehmer an ihrem Arbeits-
platz ausgesetzt sind. Das starke Ansteigen der Frühinvalidität ist
auch zu einem erheblichen Teil auf die Einflüsse aus der Arbeits-
welt zurückzuführen. Zusammenhänge zwischen dem Streß am
Arbeitsplatz und den Krankheiten sowie dem Ansteigen der Früh-
invalidität sehe ich beispielsweise bei den Magen-Darm-Erkrankun-
gen oder Kreislauferkrankungen bei der starken Belastung durch

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendete Papiere
mit erhöhtem Rohstoffgehalt
Recyclingpapier



Nacht-, Schicht- oder auch Akkordarbeit. Erkrankungen des Skelettsystems sind oft durch das immer noch weit verbreitete Heben und Tragen von äußerst schweren Lasten verursacht. Venenleiden oder Gelenkerkrankungen an den Beinen können in überwiegend stehend ausgeführter Arbeit ihre Ursache haben.

Als alarmierend und zum Handeln herausfordernd sehe ich die Tatsache an, daß innerhalb eines Jahrzehnts - nämlich zwischen 1974 und 1984 - die Zahl der Rentenzugänge bei den Frührentnern in der Arbeiterrentenversicherung von 40 auf 53 Prozent anstieg.

Daher fordere ich eine klare Reform des Arbeitsschutzrechtes, das in seinen Grundzügen immerhin mehr als 100 Jahre alt ist. Ich setze mich dafür ein, endlich alle Arbeitnehmer in ein einheitliches Arbeitsschutzrecht einzubeziehen, die Rechte der einzelnen Arbeitnehmer auf Mitwirkung, Beschwerde und bei der Arbeitseinstellung zu erweitern, beratende Arbeitsschutzbeiräte zu schaffen, einheitliche Rechtsgrundlagen im Arbeitsschutz zu sichern, Doppelregelungen in der Normsetzung zu beseitigen sowie alle Vorschriften im Arbeitsschutz soweit wie irgend möglich zu einem überschaubaren und praxisgerechten Regelwerk zusammenzufassen.

Notwendig ist vor allem auch eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Überwachungsdiensten. Ausdrücklich appelliere ich an die Betriebsärzte, die Ursachen von arbeitsbedingten Erkrankungen intensiver zu überwachen und dem Betrieb Maßnahmen zur Verhütung dieser Krankheiten vorzuschlagen. Dieser gesetzliche Auftrag muß äußerst ernst genommen werden.

Grundsätzlich ist sehr scharf die sich häufende Überlassung von Arbeitnehmern zu kritisieren. Schließlich sind viele Unfälle auf die Unklarheiten über das Zusammenwirken von Verleih- und Entleihunternehmen zurückzuführen. Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Gründung eines Arbeitskreises „Arbeitnehmerüberlassung“ bei den Berufsgenossenschaften. Dieser Arbeitskreis sollte möglichst bald Regelungen vorlegen, die der unbefriedigenden Entwicklung bei der Arbeitnehmerüberlassung entgegenwirken.

(-/20.3.1986/rs/ks)

* * *

Nur vier Rektorinnen an bayerischen Gymnasien

Jeder zweite Lehrer in Bayern ist eine Frau, die Schulleitungen sind aber zu 90 Prozent von Männern besetzt

Von Hedda Jungfer MdL

Zwar sind rund die Hälfte der Lehrer an den staatlichen Schulen in Bayern Frauen, doch spiegelt sich dies nicht in den Führungspositionen wieder.

Im Freistaat sind nur etwa zehn Prozent der Schulleiter Frauen.

Besonders an den bayerischen Gymnasien scheint es ein schier aussichtsloses Unternehmen zu sein, von der Studienrätin zur Rektorin aufzusteigen: Lediglich an vier von insgesamt 296 Gymnasien steht eine Frau an der Spitze.

Wie schwach die Frauen in den oberen Etagen an den bayerischen Schulen vertreten sind, ergibt sich aus der Antwort von Kultusminister Hans Maier auf meine Schriftliche Anfrage: Im Schuljahr 1984/85 standen ganzen 396 von insgesamt 2.774 Grund- und Hauptschulen (14,3 Prozent) weibliche Schulleiter vor. An den Grund- und Hauptschulen sind mehr als 60 Prozent der Lehrer Frauen. An den 219 Sondere Volksschulen waren es 20 Schulleiterinnen (9,1 Prozent), den 205 Realschulen sechs (drei Prozent), an den 296 Gymnasien vier (1,4 Prozent), sowie an den 56 Fach- und Berufsoberschulen eine (1,8 Prozent).

Offensichtlich ist das Kultusministerium selbst erstaunt über diese Benachteiligung der Frauen bei den Schulleiterstellen. Rechtfertigend fügt es deshalb in seiner Antwort an mich hinzu: „Zu besetzende Schulleiterstellen werden in der Regel ausgeschrieben. Dabei ist es nicht in das Belieben des Dienstherrn gestellt, inwieweit Frauen bei der Besetzung von Funktionsstellen berücksichtigt werden. Nach Artikel 12, Absatz 2 Bay BG sind Ernennungen vielmehr nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung... vorzunehmen.“

Ursachenforschung betreibt das Kultusministerium freilich nicht, etwa um beispielsweise die Frage zu klären, ob es an der mangelnden Qualifikation liegt, daß so wenig Lehrerinnen zum Schulleiter avancieren.

Ich vermute, daß die weiblichen Pädagogen bereits durch das System des bayerischen Schulwesens entmutigt werden, sich für höhere Positionen zu bewerben. Wie hoch der prozentuale Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Bewerber für Schulleiterstellen war, selbst diese Zahlen kann oder will das Kultusministerium nicht nennen. Seine fadenscheinige Begründung: „Erhebungen dieser Art würden einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand verursachen.“

(-/20.3.1986/rs/ks)



1986 - Europäisches Jahr der Verkehrssicherheit

Die nationalen Behörden müssen gezielt Maßnahmen zum Schutz der Menschen ergreifen

Von Beate Weber MdEP

Da Jahr für Jahr auf Europas Straßen mehr als eine Million Unfälle passieren, bei denen 50.000 Menschen getötet und über 1,5 Millionen verletzt werden, hat der EG-Ministerrat das Jahr 1986 zum „Europäischen Jahr der Verkehrssicherheit“ ausgerufen.

In einer gemeinsamen EntschlieÙung haben alle Fraktionen des Europäischen Parlaments diese Entscheidung begrüÙt.

Das Parlament hat allerdings einen ganzen Katalog von gezielten Forderungen aufgestellt, damit auch etwas für die Sicherheit der Menschen getan wird:

- Verbesserung des Unterrichts und der Ausbildung,
- einheitlicher Führerschein,
- Harmonisierung der Verkehrszeichen,
- Mindestnormen für die Autoausstattung und -rüstung,
- Verbesserung der Bremssysteme (Vorschrift für ABS),
- mehr Aufklärung und einheitliches Tempolimit.

Das Parlament appelliert ferner eindringlich an die zuständigen nationalen, regionalen und kommunalen Behörden, für sichere Rad- und Gehwege zu sorgen, insbesondere in bebauten Gebieten.

Es bedauert die verhältnismäÙig große Nachlässigkeit bei den Sicherheitsvorschriften für das Fahrradfahren in den meisten Ländern der EG, obwohl Radfahren als eine alternative Fortbewegungsart, die unbestreitbar dem Schutz der Umwelt dient, stark gefördert werden sollte.

Das Parlament ist schließlich fest davon überzeugt, daß ein viel besseres Angebot und eine viel bessere Nutzung des öffentlichen Verkehrswesens sich sehr positiv auf die Sicherheit auswirken würde; der ÖPNV leistet natürlich auch einen wesentlichen Beitrag für den Schutz der Umwelt.

Deshalb werden alle Mitgliedsstaaten dringend aufgefordert, einem attraktiven, integrierten öffentlichen Verkehrsangebot unbedingten Vorrang einzuräumen. (-/20.3.1986/rs/ks)



Verstiegen und paranoid

Die Europäische Arbeiterpartei ist eine sektiererische Splittergruppe

Von Horst Winterstein
Innenminister des Landes Hessen

Die in den letzten Tagen in der öffentlichen Diskussion mehrfach genannte Europäische Arbeiterpartei (EAP) ist eine ausgesprochen sektiererisch orientierte Splittergruppe. Vorsitzende der EAP ist Helga Zepp-Larouche, die Frau des amerikanischen Sektenführers Larouche, den die Züricher „Weltwoche“ als „besessenen Demagogen“ bezeichnet hat. Sonderlich ernstzunehmen ist diese sektiererische Gruppe nicht. Larouche lebt in der Vorstellung, er halte „das Schicksal der Welt in seinen Händen“.

Der EAP sind zahlreiche von ihr gegründete Organisationen, wie zum Beispiel das „Fusionsenergieforum“ oder das „Schiller-Institut“, zuzuordnen. Sie unterhält mehrere Informationsdienste, die sich freilich auf die Verbreitung wahnwitziger Verschwörungstheorien beschränken und vor allem unter einem geradezu paranoiden Verfolgungswahn leiden. Es liegen allerdings keinerlei Erkenntnisse darüber vor, daß sich die EAP auf Agitationsfeldern bewegt, die eine verfassungsfreundliche Zielsetzung beinhalten.

Ihr Parteiprogramm aus dem Jahre 1981 zeigt, daß sich die EAP als eine „Elite“ versteht, die „wissenschaftliche und kulturelle Erkenntnis“ zum Leitgedanken ihrer Politik machen will. Wer das Auftreten der EAP aus den Fußgängerzonen unserer Großstädte kennt, weiß, daß sie sich mit besonderem Haß gegen die internationalen Verfechter einer Friedens- und Entspannungspolitik wendet.

Mit besonders fanatischem Haß hat sie sich immer gegen Männer wie Willy Brandt und Olof Palme gewandt.

Der Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 1983 nennt die wohl zutreffende Größenordnung von 200 bis 250 bundesweiten Mitgliedern der EAP. Ich möchte dringend dazu auffordern, diese sektiererische Gruppe politisch nicht ernstzunehmen. Alles was sie äußert, ist verstiegen und paranoid, nicht aber irgendwelchen klaren politischen Zielrichtungen zuzuordnen. Insbesondere eine Einstufung der EAP als „Teil der neuen Linken“ oder „linksextremistisch“ ist ebenso abwegig wie eine Zuordnung zu rechtsextremen Bestrebungen.

Die eigentliche Gefahr, die von Gruppen wie der EAP ausgeht, liegt in ihrem sektiererischen Auftreten. Davon können, ebenso wie von anderen Sekten, junge Menschen betroffen werden, die durch manipulative Methoden dem Wahn dieser Sekte verfallen. Ich bin deshalb dankbar dafür, daß sich insbesondere die Sektenbeauftragten der großen Kirchen mit Aufmerksamkeit dieser Gruppe angenommen haben und versuchen, zur Aufklärung über deren Machenschaften beizutragen. Jede Aufwertung dieser Gruppe durch die Zuordnung zum extremistischen Bereich oder gar zu terroristischen Bestrebungen erscheint mir jedoch nicht angemessen. (-/20.3.1986/rs/ks)

* * *



Medienpolitischer Amoklauf der Union

Zu den Angriffen auf das von der ARD geplante Programm „1 Plus“

Von Freimut Duve MdB

Obmann der Arbeitsgruppe „Kunst und Kultur“ der SPD-Bundestagsfraktion

„1 Plus“ der ARD paßt den Landesherrn der Union nicht. Drei christdemokratische Ministerpräsidenten, allen voran Lothar Späth, wollen die ARD in die Knie zwingen.

Die Anmassung, mit der ARD umzugehen, als sei sie eine Art süddeutscher Staatssender, zeigt, daß die Unions-Länder längst die ARD und das ZDF als ihre Staatsmedien betrachten, denen sie nach Belieben gewähren oder verbieten können.

Ausgerechnet Lothar Späth, der vor Jahren noch einen eigenständigen Kulturkanal gefordert hat, will heute der ARD einen solchen verbieten.

Ausgerechnet die Unions-Länder, die vor einem Jahr die Planung des ZDF-Programms SAT begrüßt hätten, wollen die ARD-Pläne stilllegen.

Wir Sozialdemokraten stellen dazu fest:

1. Das Programm „1 Plus“ der ARD wird anlaufen.
2. Die Intendanten haben die volle rundfunkrechtliche und medienpolitische Autonomie.
3. Die ARD-Anstalten sind keine Staatssender, über die die Länder frei verfügen können.
4. Die völlig verfahrenere und verworrene Medienpolitik der Union führt offenbar jetzt zu Amokläufen der christdemokratischen Medienmeister Vogel (Mainz) und Späth (Stuttgart).
5. Die Privatisierungspolitik der Union verdient die Note 6 minus. Mit ihrer Attacke auf „1 Plus“ will sie die ARD dafür büßen lassen, was sich Schwarz-Schilling und Späth selber eingebrockt haben.

(-/20.3.1986/rs/ks)

* * *

